

**Impulsreferat im Rahmen der gemeinsamen Sitzung des Bundesausschusses
von EUD und JEF am 19. März 2011 in Berlin
zur Diskussion über ein Grundsatzprogramm¹**

Herr Präsident, liebe Vorsitzende der Bundesausschüsse, liebe Freunde!

Diese Anrede erlaube ich mir, weil ich viele Jahre hindurch beiden Verbänden, deren Vertreter hier zusammengekommen sind, eng verbunden war. Die Umbenennung des seinerzeitigen „Bundes Europäischer Jugend“ in „Junge Europäische Föderalisten“ fand statt, als ich Bundesvorsitzender sein durfte; etliche Jahre hindurch war ich auch Präsident der Jeunesse Européenne Fédéraliste“. Der Europa-Union war ich gegen Anfang 1948 beigetreten; noch in den frühen fünfziger Jahren kam ich „ex officio“, als BEJ-Landesvorsitzender, in den bayerischen EU-Landesvorstand; dann 1955 erst einmal wieder ex officio als BEJ/JEF-Vorsitzender in das Präsidium der Europa-Union; später wählte man mich zu einem der Vizepräsidenten. Als ich an die Universität Wien ging, bedeutete dies das Ende der aktiven Mitverantwortung im Verband, aber die Verbundenheit blieb über das „Institut für Europäische Politik“ noch jahrelang bestehen, und die innere bis heute. Das wollte ich andeuten, um verständlich zu machen, wie sehr ich mich freue, hier dabei sein zu dürfen - wiewohl Franz-Josef Kleins Begrüßung viel zu freundlich war, und womöglich Erwartungen geweckt hat, die ein alter Mann in den Achtzigern nicht erfüllen kann. . . Zur Sache kommend werde ich mir erlauben, erst einige Bemerkungen sozusagen als Politikwissenschaftler vorzutragen, und dann als überzeugter „europäischer Föderalist“ zu sprechen.

I.

Also zum Ersten: Programmdebatten kann man heute kaum mehr so unreflektiert führen, wie das in der Frühzeit üblich war. Die Programmarbeit politischer Organisationen ist längst in das Zeitalter der „Spin Doctors“ und der „NLP“ (der neuro-linguistischen Programmierung) eingetreten.

Gott sei Dank müssen wir nicht einfach mit diesen Wölfen heulen; es ist nicht unsere Aufgabe, möglichst trickreich möglichst viele Wähler zu gewinnen; wir müssen nicht überreden, sondern überzeugen. Dennoch ist naive Blauäugigkeit nicht ratsam, so etwa nach dem Motto „Wie hätten wir’s denn gern, das vereinte Europa, und warum?“

Einige Vorausüberlegungen legen sich nahe. Was für eine Art Programm soll entstehen? Welche Umstände müssen dabei mitbedacht werden?

Eine Entscheidung ist schon gefallen: die für ein Grundsatzprogramm, das für eine längere Zeit maßgeblich bleiben soll – im Unterschied zu einem auf die Tagesaktualität bezogenen Aktionsprogramm.

Was wird von einem Grundsatzprogramm erwartet?

In erster Linie der Aufweis der politischen Ziele, denen der Verband sich verschreibt, zu deren Verwirklichung er beitragen will.

Heutzutage verstehen sich politische Ziele kaum mehr von selbst.

Also müssen sie begründet werden.

Das kann auf verschiedene Weise geschehen.

¹ Da das Referat später als vorgesehen beginnen konnte, wurden bei der mündlichen Präsentation einige Teile (darunter auch ganze Abschnitte) weg gelassen. Außerdem wurden einige der vorbereiteten Aussagen in dieser schriftlichen Fassung etwas ausführlicher dargestellt und erläutert.

Zum Beispiel dadurch, dass man sich zu Grundüberzeugungen bekennt, aus denen die Ziele abgeleitet werden können. Dieses Bekenntnis kann einem Glaubensbekenntnis ähneln. Aber wir sind keine Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft.

Wir müssen imstande sein, unsere fundamentalen Überzeugungen vernünftig, einsehbar, überzeugend zu begründen.

Die Begründung kann auch dergestalt unternommen werden, geschehen, dass man ein überzeugendes Bild von der Lage präsentiert, mitsamt ihren Problemen und Nöten, und möglichst schlüssig darstellt, warum zur Bewältigung dieser Probleme und Nöte die Realisierung der eigenen Ziele stattfinden muss.

Die Aufnahme von Aussagen über das eigene Wirken in das Grundsatzprogramm eines politischen Verbandes ist nicht selbstverständlich - eben deshalb werden ja Grundsatz- und Aktionsprogramme voneinander unterschieden.

Für unsere Verbände empfiehlt sich die Erweiterung dennoch, aus mehreren Gründen.

Wir sind ja nicht politische Parteien, für die es sich von selbst versteht, dass sie sich an Wahlen beteiligen und Regierungsmacht anstreben – woraus sich Elemente der Strategie und der Taktik sozusagen fast wie von selbst ableiten lassen.

Wir müssen uns die Frage stellen und beantworten, wie wir für die Realisierung unserer Ziele tätig sein wollen, welche Wirkungs- und Erfolgchancen unsere Aktion hat, und aus welchen Gründen; denn ohne plausible Antworten auf diese Frage werden wir unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern nicht klar machen können, dass und warum es sinnvoll ist, dem Verband beizutreten und ihm Zeit und Kraft zu opfern. Wir können ja unseren Mitgliedern und Funktionsträgern weder Abgeordnetenmandate noch Karrierechancen in Aussicht stellen. Und unser Ersuchen um Mitarbeit steht in Konkurrenz mit vielen anderen attraktiven und durchaus ehrenwerten Angeboten zur Freizeitgestaltung und zum Engagement...

Ein Grundsatzprogramm darf sich nicht von einer gerade aktuellen Lage abhängig machen, so dass es uninteressant wird, wenn die Lage sich ändert.

Aber es muss so gestaltet sein, dass man mit seiner Hilfe imstande ist, jeweils wechselnde aktuelle Lagen zu verstehen, sich einen Reim darauf zu machen und daraus Handlungsperspektiven abzuleiten. Es darf nicht ein Sammelsurium von schön klingenden Sonntagsreden-Formulierungen sein; es muss angesichts ganz aktueller Nötigungen und Herausforderungen Wegweisung bieten können.

(Ich werde später noch im Blick auf die heutige Lage versuchen aufzuzeigen, was das heißt)

II.

Programme werden formuliert und angenommen, weil sie selbst bestimmte Funktionen erfüllen.

In erster Linie werden dabei die Innen- und die Außenfunktion unterschieden.

Von der „Innenfunktion“ redet man, wenn man vom Programm die Bewältigung verbandsinterner Probleme erwartet. Typischerweise geht es dabei um die Überwindung innerer Auffassungsdifferenzen: es muss ein gemeinsamer Nenner für die Verfechter unterschiedlicher Vorstellungen gefunden werden, damit alle an einem Strang ziehen. Manchmal geht es auch schlichtweg darum, das erlahmende Engagement der Mitglieder und Mitarbeiter sozusagen zu remobilisieren, also gegen Zweifel an der Sinnhaftigkeit der Zielsetzung oder an den Erfolgchancen der eigenen Aktion anzukämpfen.

Ob da in unseren Verbänden ein aktueller Bedarf gegeben ist, kann ich nicht beurteilen.

Was die „Außenfunktion“ betrifft, so soll ein Programm Interesse, Sympathie und Engagementbereitschaft im Umfeld des Verbandes wecken und fördern.

Das heißt jedenfalls: Programme sollen nicht einfach Wahrheiten zum Ausdruck bringen, Sachverhalte feststellen, sondern Menschen bewegen. Sie werden in einer anderen Einstellung und Sprechweise formuliert als z. B. wissenschaftliche Aussagen oder höchstpersönliche Bekenntnisse. Man will mit ihnen etwas erreichen, verbandsintern oder nach außen. Das heißt: politische Programmformulierungen werden immer auch in eine strategischen Perspektive erarbeitet.

Das aus einer Programmdebatte auszublenden wäre unverzeihlich naiv.

III.

In aller Regel dienen Programme auch der Selbstpositionierung des jeweiligen Verbandes im politischen Kräftefeld. Das heißt: man muss klären, fragen, wie man jeweils auf die anderen Akteure in diesem Kräftefeld bedacht nimmt, und welche Stellung man ihnen gegenüber einnehmen muss und will. Wir haben ja mancherlei Interaktionspartner: solche, mit denen wir formell verknüpft sind – EUD und JEF, die UEF und ihre Mitgliedsverbände (der Präsident des österreichischen ist heute erfreulicherweise mit von der Partie...²), die Europäische Bewegung – aber auch andere Verbündete, potentielle Mitstreiter und Förderer, auch offizielle Stellen wie die Bundesregierung und die Europäische Kommission.

Aber auch Konkurrenten und Gegner. Das spielt für die Selbstpositionierung politischen Verbandes eine nicht unwichtige Rolle. Die Sozialpsychologen wissen seit langem, dass nichts den Zusammenhalt und die Mobilisierungschance einer Gruppe so sehr stärkt wie ein gemeinsamer Feind. Deutlich schwächer ist die Motivationskraft einer gemeinsamen Not, noch schwächer ist die Gemeinsamkeit von weniger existentiellen Interessen, und erst am Ende der Skala fungieren dann gemeinsame „Ideen“ oder „Werte“ – weswegen gefinkelte Strategen und Taktiker „Ideen“ mit einem Feindbild unterfüttern und dadurch kräftigen. Entsprechend lassen sich kollektive politische Identitäten am besten mithilfe einer Gegen-Identität profilieren, durch die Gegenüberstellung einer Anti-Position.

Ob das gut und gesund ist? Wir waren bei den JEF seinerzeit so aktionsgeneigt, dass man fast von „Kampfeslust“ sprechen konnte, wir freuten uns, wenn wir uns an irgendwem reiben konnten. So fanden wir es ärgerlich, als damals ein Generalsekretär der EUD schlicht erklärte: „Was heißt hier Aktion? Die Aufgabe der Europa-Union ist ganz einfach die Werbung für die Politik der Bundesregierung!“ Das kam nicht von ungefähr, es handelte sich um einen der EU sozusagen als „lebende Subvention“ zur Verfügung gestellten Ministerialbeamten... der Kontrast zu seinem Vorgänger war beträchtlich, der nämlich war einmal zu unserer Bundesausschusssitzung gekommen, hielt eine Rede, und deren Höhepunkt war der Satz „Und Ihr, meine lieben jungen Freunde, müsst die Pfefferkörner sein – im Hintern dieser Bundesrepublik!“

Die Erinnerung daran soll nicht zur Unterhaltung beitragen; es geht darum, dass nicht nur die eigene Position, sondern auch der Aktionsstil mitbedacht werden muss, wenn man das Selbstverständnis artikulieren will.

Das schließt natürlich die Frage ein: Was kommt bei wem an? Und wen (welche Arten von Mitbürgern) wollen wir vor allem ansprechen?

Josef Müller, seinerzeit Gründer der CSU (vordem Verbindungsmann der deutschen Militäropposition zum Vatikan) und auch im EUD-Präsidium jahrelang aktiv, meinte

² Mein Freund Friedhelm Frischenschlager, mit dem zusammen heute hier zu sein für mich eine Freude und Ehre ist, verdient es, dass man andeutet, um wen es sich handelt. Er war in Österreich Bundesverteidigungsminister – aber vorher war er Wissenschaftlicher Assistent an der Universität Salzburg, und auf dem Weg, sich mit einem Buch über das Europäische Parlament zu habilitieren – dies zu einer Zeit, da in Österreich kaum jemand wusste, dass es außer dem Europarat auch noch ein Europäisches Parlament gab! Aber dazu kam es nicht, denn er konnte sich der politischen Berufung nicht entziehen... (für die österreichische Europawissenschaft ist das schade...).

seinerzeit einmal: „Ein neues Verbandsprogramm? Ausgeschlossen! Das können wir uns nicht leisten, das wäre viel zu teuer!“ Er meinte: Vor der Formulierung eines Programms müsste der Verband erst beim Institut für Demoskopie in Allensbach eine kostspielige Meinungsumfrage in Auftrag geben, damit klar wird, was attraktiv wirkt.

Kürzlich meinte Wolfgang Schäuble: Man sollte dem Volk aufs Maul zu schauen, aber nicht nach dem Mund reden. Aber wir sollten uns auch überlegen, ob wir den Regierenden nach dem Mund reden.

Das wird vor allem brisant, wenn die offizielle Europapolitik unpopulär ist, und erst recht dann, wenn der Verband auf Zuwendungen aus Berlin und Brüssel angewiesen ist.

Natürlich wünschen sich die dort Maßgebenden den Einsatz zugunsten einer Trendwende der öffentlichen Meinung zum Besseren. Aber muss das bedeuten, dass wir die real betriebene Europapolitik schönreden? Dann könnte man versucht sein, diese Politik als ungenügend wahrzunehmen und darzustellen, Alternativen zu proklamieren...

Unsere Verbände haben da allerlei Erfahrungen hinter sich. Nach dem Scheitern des ersten Anlaufs zur föderalen Einigung (über die Verteidigungsgemeinschaft und die Politische Gemeinschaft) kam es zur Spaltung der Europäisch-Föderalistischen Bewegung. Die einen (unter Führung von Altiero Spinelli) meinten: Die mitgliedstaatlichen Establishments sind nie willens und imstande, die Macht an Organe einer Föderation abzutreten. Man muss die Einigung gegen sie erkämpfen. Die anderen (mit Hendrik Brugmans und Ernst Friedlaender an der Spitze sagten: och nie gab es so überzeugte Einigungsverfechter in den Regierungen wie heute, Konrad Adenauer, Joseph Bech, Alcide de Gasperi, Robert Schuman, Paul Henri Spaak, um nur einige zu nennen... Es wäre widersinnig, sie schlecht zu machen.

Die UEF zerbrach, und nie wieder gelang es ihr, die frühere Potenz im europapolitischen Kräftespiel wiederzugewinnen; so manchen nationalen Mitgliedsverbänden ging es ähnlich...

Noch zwei weitere Fragen zur den vorgegebenen Umständen einer Programmdebatte drängen sich auf:

Wenn wir eine föderale Einheit Europas anstreben - muss dann nicht auch unsere Programmatik „transnationalen“ Charakter haben? Ist eine spezifisch deutsche Version da logisch und erstrebenswert? (Es war ja gerade ein Vorzug des Hertensteiner Programms, dass es als Gemeinschaftsarbeit von Europäern aus verschiedenen Nationen entstand.

Oder gilt doch für uns das Paulus-Wort: Der Apostel muss „den Griechen ein Grieche“ sein? Gilt es, die Mitbürgerinnen und Mitbürger da abzuholen, wo man sie findet, nämlich in einer doch je spezifischen national geprägten Mentalität? Zumindest sollte es innerhalb der UEF über Programmdiskussionen eine intensive Kommunikation geben.

Und schließlich: Welchen Stil der Selbstdarstellung halten wir für richtig? (Wobei, um der Glaubwürdigkeit willen, Redeweise und Aktionsweise einander entsprechen müssen...)

Da gibt es eine breite Skala zwischen den beiden Extremen „Brav-konformistisch“ und „radikal revolutionär“. Je nach dem Profil werden sich Mitbürgerinnen und Mitbürger unterschiedlicher Milieus und Sichtweisen angesprochen fühlen.

Wahrscheinlich erinnern sich nur noch wenige unter uns daran, dass es einmal den Versuch einer „Double Track“-Strategie gab: Die EUD gab sich eher zahm: europäisch-föderalistisch, aber doch „staatstragend“ (anders hätte es damals der „Ochsensepp“, Landesvorsitzender Josef Müller, kaum fertig gebracht, den Großteil der kreisfreien Städte und der Landkreise Bayerns für die korporative Mitgliedschaft in der der Europa-Union zu gewinnen, und kaum hätten sich etliche der damaligen Präsidiumsmitglieder zur Verfügung gestellt). Die JEF und die längst vergessene „Europäische Aktionsgemeinschaft“ spielten hingegen eher die Rolle von „Pfefferkörnern“ im Sinn der vorhin zitierten Redewendung.

(Leicht war es nicht, unter dem Motto „Getrennt marschieren...“ die Dinge unter einem Hut zu halten.)

Lang, lang ist's her...

IV.

Liebe Freunde, meine Damen und Herren,
 leider ist mir nicht bekannt, wie intensiv und mit welchen Resultaten solche Fragen wie die eben angedeuteten, und vielleicht auch andere, in unseren Verbänden diskutiert wurde.
 So bleibt mir nun nichts anderes übrig, als das zu tun, wovon ich gewarnt habe: Nämlich diese Vorfragen beiseite zu schieben und auf's Geratewohl einige wenige (!) sehr subjektive (also gewiss der Kritik auszusetzende) Bemerkungen darüber vorlegen, was an Elementen eines neuen Programms bedenkenswert sein könnte.
 Dabei gehe ich davon aus, dass das Hertensteiner Programm von 1946 als das grundlegende Referenzdokument gilt. Außerdem müssen natürlich die vier „Leitfragen“ bewusst gehalten werden.³ Ich beginne also mit einem Blick darauf.

1. Die Stellung und die Aufgabe Europas in der Welt – mit einem Blick darauf beginnt das Hertensteiner Programm.

Die politische Welt sah freilich kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs anders aus. Noch erwartete man von der UNO das, was der Völkerbund nicht geleistet hatte: Frieden und Fortschritt. Der Kalte Krieg stand noch bevor.

Das wirft die Frage auf: Sind die Artikel 1, 2, 3 und 12 heute noch so interessant wie damals? Immerhin schreibt Wolfgang Wessels im Schlussabsatz seines Beitrags „Europäische Einigung im historischen Kontext“ in der eben erschienenen Neuauflage des Taschenbuchs „Europa von A bis Z“: „Europa kann heute nur als die rettende, elementare Antwort auf die Globalisierung und ihre Krisen ein neues Ethos entfalten.“⁴ Aber das den Zeitgenossen einsichtig zu machen (nicht nur pauschal zu behaupten) ist nicht einfach.

Reicht dazu die Proklamation oder die Beschwörung staatenübergreifender oder auch interkontinentaler Zusammenarbeit? Ist dazu die Darbietung eines Leitbildes der Weltordnung nötig (die über die real existierende UNO hinausführen müsste)? Und welche Art von „Weltmacht“ müsste die EU selbst werden, um mitgestaltende Verantwortung zu tragen? Ist der in Hertenstein proklamierte "Verzicht auf jede Machtpolitik“ (Art. 9) nicht längst überholt? (Einige der Autoren hatten ganz bewusst eine „Verschweigerung Europas“ im Sinn...!)

2. Die Frage nach der „Finalität“ spielt in unserer Programmdebatte gewiss eine zentrale Rolle. Sie hat von Anfang an ihre Antwort im Bekanntnis zum Europäischen Föderalismus erhalten (Art. 4, auch 2 und 12). Was es heute und morgen bedeuten kann und müsste, versteht sich für viele nicht mehr von selbst.

Außerdem ist das Fremdwort „Föderalismus“ unpopulär, in einigen Mitgliedstaaten sowieso, aber nun da und dort auch in Deutschland und in Österreich.⁵

Die Grundbotschaft war von Anfang an klar: Das Ziel der Einigung Europas ist eine Föderation.

Jahrzehntelang war die Gleichsetzung mit dem „Bundesstaat“ selbstverständlich.

Die Voraussetzung war die traditionelle Lehre: Staatenverbindungen können nur entweder staatsrechtliche (also Bundesstaaten) oder völkerrechtliche (Internationale Organisationen

³ Da die Geschäftsführung dankenswerterweise beide Texte hier auch im Plenum ausgeteilt hat, verzichte ich darauf, einzelne Aussagen wörtlich zu zitieren, im Bedarfsfall kann man ja den Wortlaut in den Platzvorlagen nachsehen.

⁴ Wolfgang Wessels, Europäische Einigung im historischen Kontext, in: Werner Weidenfeld / Wolfgang Wessels (Hrsg.), Europa von A bis Z, Baden-Baden ¹²2011, S: 11ff., hier S. 45. – Wenn das irgendwo schon geläufig ist, dann in der EUD – vgl. das Dokument „Europa: Wir gestalten Globalisierung“ („Hamburger Impulse“, 53. Kongreß der Europa-Union Deutschland).

⁵ Außerdem ist es ein „befremdliches“ Fremdwort - ; Selbst in Publikationen von EUD und JEF ist das in früheren Jahren gelegentlich beschämend deutlich geworden - durch die Schreibweise „föederal“!

oder Staatenbünde) sein. Heute ist die These verbreitet: Die EU hätte diese Alternative als Gebilde „sui generis“ längst hinter sich gelassen:

Es gibt allerlei Etikettierungen („Staatenverbund“, „Union von Staaten und Bürgern“, u. a. m. Das Grundgesetz proklamiert im Art. 23 die deutsche Mitwirkung „bei der Gestaltung der Europäischen Union“, die „... föderativen Grundsätzen“ verpflichtet ist“; das Bundesverfassungsgericht hingegen meint, jeder weitere Schritt in Richtung auf einen europäischen Bundesstaat würde das Grundgesetz aus den Angeln heben. + Daraus ergibt sich für unsere Verbände die Pflicht, Klarheit zu schaffen, ins Zwielflicht hineinzuleuchten, womöglich auch Flagge zu zeigen.

Mir scheint, wir müssen darauf bestehen, dass die derzeit. Stufe der Integrationstiefe und der Integrationsdichte, und vor allem der Unionsdemokratie nicht genügt.

Die Zweideutigkeit beruht darauf, dass man, wo von einem Bundesstaat die Rede ist, in aller Regel an einen (zumindest vorgeblich) national einheitlichen Föderalstaat denkt – etwa an die Bundesrepublik Deutschland, oder an die USA. Wenn die nationale Identität als ein bewahrenswertes Gut gilt, dann wird der Ausdruck „supranational“ unpopulär sein; erst recht die Horrorvokabel „Europäischer Superstaat“⁶.

Was bedeutet das für unser Programm? Sollten wir den Stier begrifflich bei den Hörnern packen, an der Vokabel „Bundesstaat“ festhalten, obschon wir wissen, dass das missverstanden wird und daher Abwehr auslöst? Oder sollten wir die Provokation vermeiden? Vielleicht sollten wir an der Sache festhalten, aber uns die Bezeichnung neu überlegen, und jedenfalls die Begründung neu fassen, nicht in Abkehr von den Hertensteiner Ideen der Gründerväter, aber so in Worte gefasst, dass diese Ideen im Europa von heute und morgen verstanden werden.

Eingebürgert hat sich für das, was wir wollen, der Markenname „Politische Union“.⁷ Ob wir daran anknüpfen sollten? Vielleicht durch die Propagierung einer „föderalen“, „demokratischen“, und „rechtsstaatlichen Politischen Union“?

Wohl noch wichtigere als die Wahl der Leitvokabel ist die argumentative Begründung. Dazu erlaube ich mir, einige simpel klingende Parolen zur Diskussion zu stellen:

- Nur eine föderal verfasste (!) Politische Union garantiert den Vorrang des Rechts vor der Macht.⁸

⁶ Übrigens: Wer brachte ihn wann massiv ins Spiel? Nicht etwa Premierministerin Mars., Thatcher seinerzeit in Brügge, sondern die gaullistische Fraktion in der Französischen Nationalversammlung 1971, als es erstmals um das Projekt der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ging, um die Verwirklichung des „Werner-Plans“!

⁷ Das ist eigentlich fast paradox. Der Ausdruck wurde in den frühen 1960er Jahren von den Gaullisten verwendet, als Etikett für den intergouvernementalen Gegenentwurf zur (föderalen) „Politischen Gemeinschaft“. Als es dann zum Projekt der WWU kam, setzte sich Hans Tietmeyer im Werner-Ausschuss erfolgreich für die Aussage ein, die WWU erscheine „als ein Ferment für die Entwicklung der politischen Union ohne die sie auf die Dauer nicht bestehen kann“. Tietmeyer ließ keinen Zweifel daran, dass es sich dabei um eine Föderation handeln müsse – aber er wollte wohl durch die Wahl der ursprünglich gaullistischen Formel „politische Union“ die Sache für andere Partner (v. a., die französischen) schmackhafter machen.

⁸ Ich erlaube mir, hier eine These einzufügen, die ich außerhalb des Referats im Rahmen der Diskussion vertreten habe: Ich plädiere nachdrücklich dafür, dass wir uns nicht von der Idee der Verfassung verabschieden. „Europäischer Föderalismus“ unter Verzicht auf die Verfassung wäre Etikettenschwindel. Die Verfechter der Idee im Konvent waren überzeugt, dass der Verfassungscharakter der Unions-Grundordnung das Projekt den Bürgern sympathischer machen würde. Warum das Gegenteil eingetreten ist, kann hier nicht ausführlich diskutiert werden. Ohnehin war im Zug der Konventarbeit der Verfassungsbegriff etwas verwässert worden (sonst hätten z. B. die britischen Konventsmitglieder sich nicht bereit gefunden, die Sache mitzutragen). Der „echte“ Verfassungscharakter der Grundordnung ist ein unaufgebbares Element jeder Föderation. Er steht für den Vorrang des Rechts vor der Macht und für den des Gemeinwohls vor (nationalen oder anderen)

- Sie besiegelt das solidarische Miteinander der europäischen Nationen als Alternative zum Gegeneinander
(Früher dachte man an das Ende der „Bruderkriege“, heute geht es um das Ende von destruktiven „kalten Kriegen, Kultur- und Volkstumskämpfen, Wirtschaftskriegen, u. dgl., aber auch an die Begründung und die Aufstachelung von Missgunst und Gegnerschaft durch Solidaritätsverweigerung...)
 - Sie, die föderale Politische Union, sichert die europäische Demokratie,
 - Sie verhindert es, dass einzelne Staaten die anderen erpressen
(etwa durch den egoistischen Gebrauch des Vetorechts)
 - Sie ermöglicht die gemeinsame Handlungsfähigkeit
 - Sie erlaubt die Bündelung der Kräfte zur Lösung gemeinsamer Aufgaben und zur Bewältigung von Krisen.
(ganz konkret, in Reaktion auf jeweils aktuelle Herausforderungen, siehe gleich nachher)
 - Sie ermöglicht es den Europäern, ihre Überzeugungen und Leitbilder über die Humanität, über Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Kultur zu bewahren und fortzuentwickeln.
- Ich meine, dass sich in diesen Aussagen auch der „Kern der europäischen Idee“ (vgl. die „Leitfrage 1“!) in Worte gefasst wird, dessen Vertiefung und Verbreitung eine Hauptaufgabe von EUD und JEF ist. n.

3. Ob eine „Vision vom Zusammenleben und von einer fortschrittlichen Gesellschaft“ mit unserem politischen Ziel verknüpft werden sollte, wäre zu diskutieren:

Es gilt so breites und so tiefes Engagement wie möglich für die politische Zielvorstellung der demokratischen Föderation (Politischen Union) zu gewinnen und zu mobilisieren.

Man kann bezweifeln, dass es dazu hilfreich ist, die Mitglieder und Sympathisanten auch noch auf eine umfassende Gesellschaftsvision zu verpflichten; und zwar sowohl aus strategischen Erwägungen (man verzichtet dann auf „Andersgläubige“), wie auch aus prinzipiellen: in einer pluralistischen und freiheitlichen Gesellschaft stehen unterschiedliche „Visionen“ vom „guten Leben“ miteinander in Konkurrenz.⁹

Die Europäischen Föderalisten sollten nicht versuchen, eine Ersatzkirche (oder eine „Weltanschauungsgemeinschaft“ zu bieten. Sie würden in diesem Fall auch die eigene Überparteilichkeit in Frage stellen.¹⁰

4. Der Charakter der Rechtsgemeinschaft der europäischen Föderation war für die Verfasser des Hertensteiner Programms selbstverständlich. Dennoch ist unser darauf bezogener Bewusstseinsstand inzwischen wohl etwas vorangekommen:

- Die Einschränkung der Grundrechte auf die Bürger (Art. 6) ist inakzeptabel. Es gibt Menschenrechte, die nicht an den Rechtsstatus des Bürgers gekoppelt sind. (in unseren

Kollektivegoismen. Er schließt ein, dass alle im verfassungsrechtlich geordneten Gemeinwesen agierenden politischen Kräfte an die Verfassung gebunden sind, nicht aber über ihr stehen. Das bedeutet die Relativierung der Position der Staaten als „Herren der Verträge“. Eine föderale Union ist kein Staatenverbund, sondern eine Union von Staaten und von Bürgern (weder die Staaten noch eine Bürgermehrheit verfügt geradewegs über die „verfassunggebende Gewalt“.

⁹ Gelegentlich wird im Zusammenhang damit vom „europäischen Gesellschaftsmodell“ gesprochen. Das gibt es aber nicht in der Einzahl; in der Fachdiskussion werden vier durchaus unterschiedliche „europäische Gesellschaftsmodelle“ erörtert.

¹⁰ Das bedeutet eine Absage an den sog. „Integralen Föderalismus“. Der Sprecher bekennt, dass er in seiner Jugend zeitweise einiges für solche Ideen übrig hatte. Die Formulierung einer einigenden Gesellschaftsvision spricht junge Menschen an, sie gibt der Bewegung, die sich dafür einsetzt, einen gewissen geistigen Heimatcharakter. Je anspruchsvoller und umfassender ein Programm klingt, desto eher stärkt der >Einsatz für seine Realisierung das Selbstwertgefühl und den Gruppengeist. Im Extremfall wird politisches Programm zum „höchsten Gut“ erklärt, und das macht die dafür eintretende Organisation entweder zur totalitären Bewegung oder zur politischen Sekte. !

Ländern leben viele Nicht-Staatsbürger), gerade die Idee der Menschenrechte ist eine unaufgebbare europäische Errungenschaft.

- Eine „Erklärung“ (der Menschen- und Bürgerrechte) reicht nicht aus; einige Jahre nach Hertenstein ist dieser Begriff 1948 durch die Verabschiedung der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ neu gefasst, und zwar verwässert worden; rechtliche Verbindlichkeit kommt der Erklärung von 1948 gerade nicht zu.
- Hier sind die Europäer mit der „Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten und mit der Europäischen Grundrechtecharta weiter.

Manchmal wird allerdings die Frage aufgeworfen, ob eine spezifische europäische Rechtskonzeption ein Element der europäischen Identität sein könnte – etwa Bezug auf das Verhältnis von Macht und Recht, etwa im Blick auf das Völkerrecht, unter Hinweis auf Phänomene wie Guantanamo, Abu Ghraib, u. ä., oder auf militärischen Gewalteininsatz außerhalb des Systems der UNO (Zeitgenossen wie Derrida und Habermas haben gemeint, hier artikuliere sich Europäertum in Abgrenzung gegenüber amerikanischen Sichtweisen. Erst recht wird die Differenz von politischer (allgemeinverbindlicher) Rechtsordnung und religiöser Glaubenspflichtenordnung im Blick z. B. auf den Islam diskutiert. Aber das ist ein abendfüllendes Thema...

Immerhin hat die EU die legitimierende Kraft des Rechts besonders nötig, insbesondere weil und solange die demokratische Legitimation als defizitär gilt, und weil es kein europäisches Nationalbewusstsein (in der Einzahl) gibt. Das Wort vom „Verfassungspatriotismus“ bringt die Sache auf den Punkt.

V.

Im ersten Teil dieses Referats habe ich die These aufgestellt, dass auch und gerade ein Grundsatzprogramm seine Fruchtbarkeit darin beweist, dass es die Ableitung von konkreten Forderungen auch in jeweils aktuellen Entscheidungssituationen erlaubt. Das möchte ich kurz im Blick auf den Kerngehalt, die föderale Finalität, plausibel machen.

Die Unzulänglichkeit und Fragwürdigkeit der Bemühungen der EU, mit der Schuldenkrise verschiedener Mitgliedstaaten fertig zu werden (oder besser: sie von vorn herein zu verhindern) kann niemanden überraschen, der sich mit der Sache befasst hat.

Schon sehr bald war den Kennern klar: Ein Gemeinsamer Markt bleibt unvollständig oder sogar riskant, wenn es keine WWU gibt, und eine WWU ist der Gefahr des Scheiterns ausgesetzt, wenn in ihrem Rahmen nicht eine Wirtschaftsregierung geschaffen wird.¹¹

Das war und ist nicht nur eine Idee von Franzosen oder Sozialisten, wie man heute irrigerweise da und dort in Berlin meint.

Einer der Eideshelfer war Hans Tietmeyer (er hatte ungemein junger Ministerialdirigent des Wirtschaftsministeriums der Deutschland zusammen mit Finanz-Staatssekretär Johann Baptist Schöllhorn in der Werner-Gruppe vertreten), der 1970/72 nicht müde wurde zu betonen: die Wirtschaftsunion braucht eine Wirtschaftsregierung mit supranationalem Charakter.¹²

¹¹ Schlüsseltexte waren

- das Memorandum der EWG-Kommission vom Oktober 1962 (!) über das Aktionsprogramm für die zweite Stufe (vgl. v. a. S. 73ff.),
- der schon erwähnte „Werner-Bericht“ über die Verwirklichung der WWU vom Oktober 1970.

¹² Er zitierte am Ende eines entsprechenden Plädoyers sogar zustimmend eine These sowjetischer Autoren: Nur eine supranationale Gewalt könne [in der EWG] einem gemeinsamen Währungssystem die nötige Kraft und Autorität geben.“ “

Mit Ausnahme von Helmut Kohl (der auch nach dem Maastrichter Vertragsabschluß immer wieder die „Politische Union“ reklamierte) wollte man 20 Jahre später davon nichts mehr wissen. Das war verständlich,¹³ aber in der Auswirkung verhängnisvoll.

Kurz vor der Einführung des Euro versuchte die damals höchste Autoritätsträger in der deutschen Sozialwissenschaft, Fritz Scharpf,¹⁴ aus der Not eine Tugend zu machen; ich erlaube mir, sein Argument zu zitieren:

Schwächere Länder würden zwar mühsam den Einstig in die Währungsunion schaffen, aber sich dann überfordert fühlen. Da sie der Arbeitslosigkeit weder durch Abwertungen noch durch geld- oder fiskalpolitische Maßnahmen Herr werden könnten. Dann käme die Währungsunion in Gefahr. Aber das sei womöglich auch eine Chance: Den Mitgliedstaaten werde nichts übrig bleiben, als endlich auf europäischer Ebene eine effektive „Wirtschaftsregierung“ zu schaffen, und die müsste dann auch eine politische Führungsfunktion in Anspruch nehmen. So würden gerade die von der Währungsunion ausgehenden Risiken und Krisen die Mitgliedstaaten schließlich zur Verwirklichung einer engeren politischen Union zwingen.

Erst kürzlich haben keine Geringeren als Jacques Delors, Romano Prodi und Guy Verhofstadt gemeinsam davor gewarnt, die Wirtschaftsregierung in die Hände des Europäischen Rates zu legen. Sie haben, mit andren Worten, die These Tietmeyers wieder aufgegriffen, die Wirtschaftsregierung müsse gegenüber den mitgliedstaatlichen Regierungen eine gewisse Unabhängigkeit erhalten (freilich in einen europäischen demokratischen Verantwortungszusammenhang gestellt werden, in dem das Europäische Parlament die Hauptrolle spielen sollte).

Man die Mahnung der drei europapolitischen Schwergewichts-Profis weithin ignoriert.

Wir sollten sie ernst nehmen, umso mehr, als wir noch einen weiteren Kronzeugen namhaft machen können.

Wolfgang Schäuble hat vor kurzem, als der Gehalt der anstehenden Entscheidungen des Europäischen Rates bereits erkennbar war, offen einbekannt: Das, was am 24. März auf den Tisch kommen wird, stellt sich, gemessen am Konzept der Politischen Union, allenfalls als die „zweitbeste“ Lösung dar - aber mehr sei nicht zu erreichen, vor allem weil der „demokratische Souverän“ dafür nicht zu haben wäre.¹⁵

Kann es für uns ein deutlicheres Signal geben? Wer, wenn nicht wir, hätte die pflichtgemäße Aufgabe, Bürgerinnen und Bürger (den „demokratischen Souverän“) darüber aufzuklären, dass die verlässliche Rettung der Währung nicht billiger zu haben ist im föderalen Rahmen. Und bedarf es über die genannten Kronzeugen hinaus noch weitere „Eidshelfer“, wenn es um die Klarstellung geht, dass das europäisch-föderalistische Kernziel nach den Erfahrungen der letzten Zeit unabdingbar ist?

¹³ Der erste WWU-Anlauf (1970) wurde noch von der Sechsergemeinschaft unternommen; in Bonn und Frankfurt sah man gute Chancen, dass die Wirtschaftsregierung eine Politik deutscher Prägung betreiben würde, also eine „stabilitätsorientierte“. Der zweite Anlauf wurde nach der Süderweiterung unternommen, nun waren die stark an Transferleistungen interessierten Südländer mit von der Partie, und die Möglichkeit der Osterweiterung begann sich abzuzeichnen. Der Versuch, der Gefahr durch den Einbau von Hürden für wettbewerbsschwache Mitgliedstaaten (die Konvergenzkriterien) und den nachgeschobenen sog. Stabilitäts- und Wachstumspakt zu begegnen, galt in Fachkreisen von vorn herein als problematisch; auch die Befürworter des Maastrichter Konstruktion sahen massive Transferleistungen (einen Finanzausgleich, wie in föderalen Systeme üblich) auf die Union zukommen.

¹⁴ Chef des Max-Planck-Instituts für Sozialforschung, zeitweise auch Direktor am Wissenschaftszentrum Berlin. Das Argument findet sich in seinem Aufsatz Europa nach dem Euro, in: Internationale Politik Jg. 1998, Heft 6, S. 39ff., hier S., 39-40.

¹⁵ Wolfgang Schäuble in seinen Rede in der Humboldt-Universität Berlin am 21. Januar 2011. Der Text wurde u. a. durch die Bertelsmann-Stiftung verbreitet.

Wolfgang Schäuble meint (wie weiland Bismarck): Die Politik sei die Kunst des Möglichen. Aber es gibt auch das andere (französische, von Paul Valéry stammende) Wort: Politik ist die Kunst, das Notwendige möglich zu machen

Im Grunde war unsere Argumentationslage, wenn es um die föderale Politische Union geht, schon lange nicht mehr so günstig wie gerade jetzt, Inn wenigen Tagen werden die Entscheidungen des Europäischen Rates vorliegen. Hoffentlich finden EUD und JEF den Mut, das Notwendige an- und auszusprechen. Auch wenn es nicht überall mit Applaus aufgenommen werden wird. Wir als Europäische Föderalisten, als Verfechter der föderalen Politischen Union, Gegner. Auch hoch angesehene. Es gibt viele höchst kompetente und respektable Rechtsgelehrte, die die föderationskritischen Karlsruher Urteile gescholten haben. In demokratischen Gemeinwesen gibt es, wie ein berühmter Jurist gesagt hat, eine „offene Gesellschaft der Verfassungsinterpreten“: Welche Interpretation der „Europafreundlichkeit des Grundgesetzes“ Chancen der Durchsetzung hat, das hängt auch davon ab, wie sich die Öffentlichkeit dazu stellt. Die Sache ist zu wichtig und zu ernst, als dass sie nur die von Gelehrten bleiben dürfte.

VI.

Nun bin ich schon an das letzte Stichwort des Leitfragenkatalogs“ geraten: Welche Rolle will die Europa Union Deutschland (und wollen die Jungen Europäischen Föderalisten) sich selbst zumuten?

Das Wichtigste ist der Einsatz der eigenen Kräfte, um dazu beizutragen, dass das Notwendige möglich wird.

Das bedeutet langes, mühsames, geduldiges Bohren von dicken Brettern.

Es sei denn, eine ganz massive Krise führt zur Umkehr des Denkens.

Als vor rund 50 Jahren die Gefahr eines neuen Weltkrieges wieder einmal stärker ins Bewusstsein trat, sprach Carl Friedrich von Weizsäcker vom Erfordernis einer „außergewöhnlichen „moralischen Anstrengung“; später, sinngleich, aber nicht so moralinrühig, vom fundamentalen „Bewusstseinswandel“ – das war damals, als es ihm um die „Weltinnenpolitik“ ging, die um der Sicherung des Friedens willen an die Stelle des Systems der Gegnerschaft souveräner, auf Weltdominanz ausgehender souveräner Mächte ging, die versucht sein könnten, einem nukleares Inferno auszulösen.

So ähnlich ist es auch mit unserer Aufgabe in unserer Lage.

Stets haben unsere Gründerväter und ihre Nachfolger betont, dass ihr Anliegen im wahren Interesse der Nationen und ihrer Bürgerinnen und Bürger liegt.

Es geht nicht um eine idealistische (gut gemeinte, aber realitätsfremde) Absage an diese Interessen. Das muss klar gemacht (nicht nur gepredigt) werden.

Trotzdem handelt es sich zugleich im eine Sache, die ans Eingemachte des Selbstverständnisses geht, und zwar des Selbstverständnisses der Aktivisten (wie wir welche sind oder sein sollen) und auch das Selbstverständnisses der Betroffenen (also aller wachen Europäerinnen und Europäer).

Sie hat auch eine moralische Dimension; sie braucht nämlich, im altmodischen Jargon, „Tugenden“: die des Mutes und der Tapferkeit, die der Klugheit und der Geduld.

Ihre Verfechter müssen imstande sein, „einzustecken“, aber auch „auszuteilen“.

Wenn die Regierenden wirklich europäisch denken, also das Bessere als den Feind des (lediglich) Guten sehen, dann müssten sie uns dankbar sein, wenn wir auf das Ja der Mitbürgerinnen und Mitbürger zugunsten des Besseren hinarbeiten.

Wenn sie das missbilligen, sollten wir uns die Schneid nicht abkaufen lassen.

Die Treue zu den eigenen Grundüberzeugungen muss zuweilen (vielleicht sogar immer) höher stehen als die Chance, „höheren Orts“ geschätzt zu werden, und „institutionelle Förderung“ vereinnahmen zu können.

Manchmal mag das Bekenntnis gefordert sein: „Hier stehen wir. Wir können nicht anders!“ Aber auch die in Amt und Würden befindlichen Realisten werden einsehen können, dass es ihnen leichter fällt, das, was sie für möglich halten, zu erreichen, wenn es Kräfte gibt, die sich für das darüber Hinausgehende einsetzen.

Inzwischen aber müssten wir, wenn irgendein Reformschritt ansteht, sozusagen eine Föderationsverträglichkeitsprüfung vornehmen:

- Bringt der anstehende Schritt uns der „richtigen“ Finalität näher, oder führt er von ihr weg?

VI.

Aber damit bin ich wohl im Eifer über eine Reihe von Gesichtspunkten hinweg gegangen, die doch noch eine kurze Erwähnung verdienen, wenn auch nur in Form knapper Thesen oder Fragen. .

1. Die Frage nach der „Finalität“ betrifft nicht nur die Struktur der Union (das Verfassungsleitbild), sondern auch ihrem Umfang. (Der Ausdruck verweist ja auf das Wort „Fines“ = Grenzen).

Wie weit kann Europa reichen?

- Der Hertensteiner Artikel 5 kann kaum wortgetreu und sinngleich übernommen werden. Wer hat die höhere Einsicht in die „europäische Wesensart“? Die „Identitätsdebatte“ hat ergeben, dass man nicht von einem ein- für allemal feststehenden „Wesen“ ausgehen kann. Europäertum muss immer wieder neu ausdiskutiert werden. Schon weil nur so die Sache lebendig bleibt, statt der Versteinerung überlassen zu werden. Aber auch, weil in einem freien Gemeinwesen in dem es eine Vielfalt von Überzeugungen und ein totalitärer Gleichschaltung entzogenes Spiel von Interessen gibt, eine solche Versteinerung gar nicht vorstellbar ist es wäre das „Ende der Geschichte“.¹⁶
- Der im selben Hertensteiner Programmartikel aufscheinende Ausdruck „Grundgesetze“ meint wohl eher da, was man heute „Grundwerte“ nennt. Im Kern unverfügbar (wenngleich immer wieder neuer, verlebendigender Interpretation bedürftig) sind wohl vor allem Ordnungsprinzipien wie die Verfassungsstaatlichkeit auf der Basis von Grundrechten (die Minderheitenrechte eingeschlossen). die Demokratie, die Aufgabe der sozialen Gerechtigkeit. (Aber werden diese Prinzipien nicht womöglich auch z.B. in Neuseeland bejaht? Oder in Kanada? Sollen diese Staaten also der EU beitreten können? Wohl kaum!) 1
- Trotz der Verbindlichkeit der gemeinsamen Ordnungsprinzipien gibt es auch innerhalb der europäischen Gemeinschaft Differenzierungen ihrer konkreten Ausgestaltung und Umsetzung; in verschiedenen europäischen Staaten gilt zum Beispiel unterschiedliches Religionsverfassungsrecht, das Verhältnis von direkter und repräsentativer Demokratie kann unterschiedlich ausgestaltet sein, unterschiedliche „Gesellschaftsmodelle“ lassen sich erkennen...

¹⁶ Ausnahmsweise darf einmal an eigene Beiträge zur Sache verweisen, erinnern, auf einen lang zurück liegenden und auf einen neuen: vgl. Heinrich Schneider, Europäische Identität: Historische, kulturelle und politische Dimensionen, in: integration, Jg. 1991, m Heft 4, S. 1609-176: Heinrich Schneider, Europas Identität (gestern) – Europas Krise (heute): Ein Themenwechsel als Indiz für einen Paradigmenwandel, in: integration, Jg. 2011, Heft 1, im Erscheinen.

Das ist kein Unglück. Zum Europäertum gehört seit langem auch das Miteinander-Auskommen auf der Basis von Verschiedenheit

- Für die Diskussion über Europas Grenzen war jahrelang war die Frage der Aufnahme der Türkei.. Manches an dieser oder jener Debatte darüber klang unseriös, denn der Beitritt kommt nur nach etlichen weiteren Jahren in Frage, und niemand weiß, wie dann erstens die Türkei aussieht, und zweitens die Europäische Union.
(Eine Zeitlang habe ich gemeint: Ein Beitrittsentschluss könnte die „Kerneuropa“-Idee auf die Tagesordnung bringen, also dem Projekt einer föderalen Pioniergruppe neuen Auftrieb geben... aber das ist eine kühne Spekulation)
- Inzwischen hat sich die kritische Frage etwas verschoben. Sie lautet mittlerweile: Ist der Islam ein Teil Europas (so wie er, nach Bundespräsident Wulff, ein Teil Deutschlands ist)?
Dieses abendfüllende Thema gehört zu meinen Arbeitsgebieten, so muss ich mich an die Kandare nehmen, auf eine eingehendere Erörterung verzichten...)

2. Zu dem in einem Programm zu behandelnden Fragen nach der erstrebten Gestalt der Europäischen Union gehört auch die nach ihren zentralen Aufgaben.

Die im Hertensteiner Programm ausdrücklich genannten ergeben sich aus der damaligen Lage ergaben (Art. 8 und 10).

- Der Wiederaufbau Europas nach dem Krieg; die wirtschaftliche, soziale, kulturelle Zusammenarbeit,
- die Nutzung des technischen Fortschritts nur soweit er „im Dienst der Menschheit verwendet wird“:

Manches davon ist überholt:

- Der Wiederaufbau nach den Kriegszerstörungen ist eine Sache von vorgestern.
- Die wirtschaftliche Zusammenarbeit, wie sie einige Jahre nach Hertenstein im Rahmen der OEEC ins Werk gesetzt wurde, ist längst zur viel weitergehenden „Integration“ fortentwickelt worden.

Sie allerdings muss gegen Zersetzungstendenzen verteidigt werden; dazu kommen einem alsbald „Gemeinplätze“ in den Sinn (die mindestens in unserem Kreis als solche unumstritten sein dürften:

Erstens steht die Wirtschaftsintegration in der Gefahr der Degeneration zur bloßen Freihandelszone, wenn sie nicht durch eine WWU stabilisiert wird.

Zweitens steht die (bislang nur ansatzweise realisierte) politische Integration in der Gefahr der Zersetzung, wenn der Gemeinschaftscharakter zur bloßen Zusammenarbeit der Regierungen reduziert wird.

- Ob die Sozialpolitik Sache der Zusammenarbeit diesbezüglich souveräner Staaten bleiben oder eine gemeinsame Aufgabe sei soll, ist Gegenstand intensiver Auseinandersetzungen.
- Die Bindung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts an humane Zulässigkeitskriterien ist zu einem Streitgegenstand geworden; nur zwei Gegenstände seien in Erinnerung gebracht;
 - Die Nutzung der Kernenergie (nach dem Desaster in Japan im März 2011)
 - Die Anwendung von Ergebnissen der biogenetischen Forschung (etwa die Präimplantationsdiagnostik).

Die Autoren des Hertensteiner Programms konnten sich kaum vorstellen, wie komplex und kontrovers dieses Problemfeld werden würde.

Hat es Sinn, dass EUD und JEF sich in die hochkomplizierte und professionelle Kompetenz erfordernde Debatte einschalten? Ich bin im Zweifel.

Aber einigen anderen Fragen, die die Aufgaben der Union betreffen, werden wir uns nicht versagen können:

- Wie wird die Union sich zu den mit Sicherheit erwartbaren „Zuströmen“ aus anderen Erdteilen stellen?
- Wird die EU sich als eine „Friedensmacht“ erweisen, und in welchem Sinn? Wie wird das Verhältnis von „ziviler“ und „militärischer“ Einwirkung auf die Weltpolitik gestaltet werden (insbesondere auch gegenüber aktuellen Konflikten – das letzte Beispiel könnte Libyen darstellen!)
- Bedeutet die verstärkte Einbeziehung solcher Angelegenheiten eine Akzentverschiebung in der Politik der EU, was die Bedeutung der „inneren“ Ausgestaltung einerseits, des „äußeren“ (weltpolitischen) Engagements andererseits, betrifft?

Das alles sind Fragen, die nicht ohne die Nutzung wissenschaftlich fundierter Sachkunde erörtert werden können.

Aber wissenschaftliche Expertise kann auch nicht politische Meinungs- und Urteilsbildung ersetzen.

Was das für die Arbeit unserer Verbände bedeutet, bedarf einer eigenen Diskussion.

Das gilt bereits für die Erarbeitung eines Grundsatzprogramms, und dann umso mehr für die Aufgabe, die europäisch-föderalistische Perspektive in konkreten politischen

Auseinandersetzungen zu artikulieren (oder vielleicht auch zu erkennen, dass es keine eindeutige solche Perspektive gibt, und dass daher Zurückhaltung geboten sein sollte).

Die EUD und die JEF haben keinen Zugriff auf die Ressourcen einer „Akademie der Wissenschaften“. Vor mehr als 50 Jahren hat das damalige EWU-Präsidium erkannt, dass der Verband für eine problemgerechte, nicht dem Dilettantismus anheimfallende Urteilsbildung - als Basis der politischen Willensbildung der Verbandsorgane - die Möglichkeit haben muss, sich eines, wenn auch sehr bescheidenen, „Think Tanks“ zu bedienen.

Das führte damals zur Gründung des „Bildungswerks“, des späteren „Instituts für Europäische Politik“; die Führung der EUD verband damit zugleich die Absicht, den Europa-Häusern und Europäischen Akademien ein Studienbüro zur Verfügung zu stellen und diese Einrichtungen damit sozusagen auch an die Verbandslinie zu verbinden und ihr Wirken für die gemeinsame Sache fruchtbar zu machen (auch: Teilnehmer von Bildungsveranstaltungen als

Sympathisanten und Mitglieder zu gewinnen). Mit der Zeit verlor die EUD das Interesse an entsprechenden eigenständigen, sozusagen „vordenkerischen“ Dienstleistungen des Instituts.

Die Folge war, dass die politische Linie des Verbandes sich zunehmend als die Vektorsumme (die Resultante des Kräfteparallelogramms) der in den Verbandsorganen vertretenen politischen Strömungen darstellte. Das ist hier nicht zu kommentieren. Aber es hatte

Konsequenzen für die politische Selbstpositionierung der EUD; weil diese aber ausdrücklich in der Programmdebatte thematisiert werden soll, ist dieser Hinweis hier doch wohl am Platz.

Die politischen Botschaften der EUD und der JEF sind nicht mit Resultaten wissenschaftlicher Analysen gleichzusetzen. Aber sie sollten zumindest nicht mit wissenschaftlich begründeten Einsichten im Widerspruch stehen.

Die am Ende stehende Hauptfrage ist wohl die: Welche Konsequenzen ergeben sich aus all diesen Überlegungen für ein Grundsatzprogramm und für einen konkreten Aktionsplan, der auf die Formierung des „europäischen Bewusstseins“ der Eliten und der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet ist?

VII.

Der Sprecher weiß recht wohl, dass er weit mehr Fragen aufgeworfen als Antworten angeboten hat. Aber dafür schämt er sich nicht. Soll ein neues Grundsatzprogramm den beiden Verbänden nicht nur heute und morgen von Nutzen sein, sondern für eine längere Zeit Wegweisung bieten, dann dürfen es sich die Autoren nicht zu leicht machen.

Die Sensibilisierung des Problembewusstseins hat Vorrang, vor der Bereitstellung wohlfeiler Slogans. Ich wäre froh, könnte dieses Referat die Arbeit trotzdem voranbringen.